

Anno ... 19.Woche

1796, 10. Mai: In Paris wird François Noël Babeuf mit einigen seiner Genossen, darunter Philippe Buonarrotti, verhaftet. Vorgeworfen wird ihm, Anführer einer Verschwörung zu sein, die den gewaltsamen Sturz der Regierung vorbereitet. Babeuf gilt als einer der konsequentesten Vertreter der Interessen der werktätigen Bevölkerung zur Zeit der Französischen Revolution (1789–1799), Rosa Luxemburg wird ihn später als »den ersten Vorkämpfer des modernen revolutionären Proletariats« bezeichnen. Am 26. Mai 1797 wird Babeuf hingerichtet.

1916, 15. Mai: Großbritannien und Frankreich schließen ein Geheimabkommen, das die kolonialen Einflusssphären der beiden Mächte im Nahen Osten festlegt. Die nach den beiden Chefunterhändlern der zwei Staaten Sykes-Picot-Abkommen genannte Übereinkunft legt fest, daß nach Beendigung des Ersten Weltkriegs Syrien und Westkleinasien an Frankreich fallen, Mesopotamien und der größte Teil Arabiens unter britischem Einfluß stehen sollen. Für Palästina sieht das Papier eine internationale Kontrolle vor, die Hafenstädte Haifa und Akko werden aber Großbritannien zugeschlagen.

1926, 12. Mai: In Polen putschen Truppen unter Führung Józef Piłsudskis. Es kommt zu dreitägigen Gefechten, in deren Folge die Regierung unter Wincenty Witos und der Präsident, Stanisław Wojciechowski, zurücktreten.

1946, 9. Mai: In Hannover tritt der erste Parteitag der SPD in den Westzonen zusammen. Zum Vorsitzenden wird Kurt Schumacher gewählt, der vehement gegen jede Zusammenarbeit mit der KPD auftritt. Am 11. Mai verabschiedet die Partei ihre programmatischen »Politischen Leitsätze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands«.

1951, 15. Mai: Über alle Rundfunksender der DDR wendet sich DDR-Präsident Wilhelm Pieck an seinen westdeutschen Amtskollegen Theodor Heuss. Er fordert diesen auf, das Verbot der Volksbefragung gegen Remilitarisierung aufzuheben. Dieses sei verfassungswidrig. Pieck weiter: »Der größte und unheilvollste Schaden, der Deutschland heute bedroht, ist die Remilitarisierung.« Heuss weist den Appell öffentlich zurück und bekennt sich zu dem von der Bundesregierung veranlaßten Verbot.

<https://www.jungewelt.de/artikel/163553.anno-19-woche.html>